



Völkerwanderung nach Deutschland = Scherbenhaufen der Asylpolitik

So viele Einwanderer wie nie zuvor strömen nach Deutschland. Der eine Grund, warum ein Teil der Flüchtlinge und Asylanten, die aus ihrer Heimat weg müssen, nach Europa drängen, ist, dass die Türkei, der Libanon, Jordanien, Pakistan, Iran und Äthiopien niemand mehr aufnehmen können. Sie haben bislang nämlich mehr Flüchtlinge versorgt als irgendein europäisches Land und drohen unter der Last zu ersticken. Allein der Libanon, ungefähr 70% der Fläche von Schleswig-Holstein, hat in den vergangenen Jahren mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Äthiopien hat im Jahr 2014 rund eineinhalb Mal so viele Flüchtlinge aufgenommen wie Deutschland.

Das, was Europa derzeit erlebt, ist noch gar nichts! Die Völkerwanderung wird von Jahr zu Jahr immer größere Ausmaße annehmen. Die Bundesregierung und die Landesregierungen sind überfordert. Staatsversagen in Bund und Land ist die Folge.

Aus Erfahrung weiß man, dass nur ca. 15% der Ausreisepflichtigen auch wirklich wieder ausreisen. Die anderen Ausreisepflichtigen versuchen mit allen Tricks hier zubleiben. Hinzu kommen die vielen EU-Bürger, die bei uns eine neue Zukunft suchen.

Der Staat muss, möglichst gestern, wie in der Nachkriegszeit wieder mit einem gigantischem Wohnungsbauprogramm und mit einer riesigen Arbeitsplatzoffensive beginnen. Alle schon vorhandenen Wohnraumressourcen müssen sofort ausgeschöpft werden. Den Marktgesetzen folgend weis man, dass immer weniger verfügbarer Wohnraum das Wohnen teurer macht. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die jetzt schon Benachteiligten und armen Menschen in Deutschland.

Für Neumünster bedeutet das:

Die ca. 2000 leerstehenden Wohnungen müssen auf einen zeitgemäßen Standard gebracht werden. Hier könnten dann schätzungsweise 6 - 8 Tsd. Neubürger untergebracht werden. Die Regelung, wenn in Kommunen eine Aufnahmeestelle vorhanden ist und dann keine weiteren Migranten zugeteilt werden, kann künftig nicht mehr aufrecht erhalten werden. Der Migrationsdruck wird größer und größer.

Leider wird dies aus Gründen des og. Staatsversagens so nicht geschehen. Die Folgen kann man schon absehen. Die sozialen Lasten, die gesellschaftlichen und kulturellen Verwerfungen in Deutschland werden ins Unermessliche steigen. Die Integration von Einwanderern der letzten Jahrzehnte ist in großen Teilen immer noch nicht gelungen.

Die Menschen in Deutschland erleben hautnah, wie sich unser Land verändert. Viele Bürger fragen sich: Ist das noch mein Land? Ist die grenzenlose Einwanderung das was ich auch will? Ist sie eine Bereicherung für Deutschland? Warum darf ich darüber nicht öffentlich diskutieren ohne sofort in die rechte Ecke gestellt zu werden? Müssen die negativen Begleiterscheinungen von allen Bürgern ertragen werden? Warum werden Aufnahmestellen immer in armen Gegenden gebaut und nie in Villenvierteln? Usw...

Allen „alle-müssen-rein“ Anhängern muss man mit folgendem Zitat antworten:
„Integration kann nur gelingen, wenn das aufnehmende Land für alle Neubürger angemessenen Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen kann.“

Zitat des britischen Migrationsforschers Professor Paul Collier



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger
Mein aktueller Standpunkt zur Völkerwanderung
am 28. August 2015



Um es vorweg zu nehmen:

Ja, es gibt diese Rechtsradikalen, ja, sie sind eine Schande, ja, sie müssen bekämpft und für Straftaten zur Rechenschaft gezogen werden.

Aber NEIN, bei Weitem nicht jeder, der sich hierzulande kritisch gegenüber der Berliner Politik äußert, gehört in dieses Lager. Wer täglich bei uns Zeitungen liest, hat leider einen ganz anderen Eindruck. Und das erbost die Menschen im Land.

Die große Mehrheit jener, die sich jetzt rühren, gehört nicht zu dem »braunen Mob«. Sie wahrheitswidrig als Radikale und Extremisten zu deklarieren, erleichtert zwar der Einheitsfront in Berlin das Regieren. Doch diese bewusste Falsch-Etikettierung unzufriedener Bürger wird den etablierten Parteien bei der nächsten Wahl teuer zu stehen kommen.

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat in seiner begrenzten Weisheit und Voraussicht eine Protest-Parole geprägt, die ihn jetzt lange verfolgen wird. Die vielen Menschen in unserem Land, die vergeblich eine öffentliche Debatte über die Flüchtlingspolitik fordern, aber als Antwort von den Medien niedergeknüppelt werden, können ihren berechtigten Unmut ab sofort in vier Worten voller Anklage und mit bissiger Ironie gegen eine unfähige Regierung hinausschreien: »Wir sind das Pack.«

Ich habe vor vielen Jahren als Soldat einen Eid auf unsere Verfassung (Grundgesetz) geleistet. Nach wie vor stehe ich voll auf den Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Nun gehöre ich wohl auch zum »Pack«.

Dass es so weit gekommen ist, liegt an einer völligen Umkehrung der Logik und der Prinzipien in unserer kranken Demokratie. Der Bürger ist nicht mehr der Souverän, an dem man die Politik ausrichtet. Nein, man bringt die Bürger auf die in Berlin festgelegte, politisch korrekte Linie, zur Not mit medialer Gewalt. Sack zu, Knüppel drauf, und fertig ist der Konsens in dieser Heuchel-Republik.

Wer einen wachsenden Einfluss des Islam in Deutschland sieht, ist ein Nazi. Wer den Euro kritisiert, ist ein »Nationalist«. Wer sich gegen die Genderisierung äußert, wird als »frauenfeindlich« deklariert. Wer sich gegen ungezügelter Einwanderung ausspricht, ist sowieso fremdenfeindlich und gehört jetzt obendrein zum verachteten »Pack«.

Und was machen die politisch Korrekten? Sie sind entrüstet darüber, dass es mittlerweile so viel Hass gibt in diesem Land. Sie erklären die breite Welle des Zorns völlig undifferenziert zu einem neuen Rechtsextremismus und verdonnern den Widerspruch, der aus einem breiten Teil der Bevölkerung kommt, aber von vielen bloß nicht artikuliert wird, mit dem braunen Label versehen in die Ecke. Das ist sehr bequem. Denn die politische Kaste muss sich nicht mehr mit dem Zorn der Vielen befassen, die gar keine Nazis sind.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Mein aktueller Standpunkt zur Völkerwanderung am 28. August 2015



Wieder, wie vor mehr als zwanzig Jahren, hat sich Deutschland durch seine Asylpolitik in eine Lage manövriert, in der es nur Verlierer gibt. Die Verliererkette reicht von Europa über Berlin bis in deutsche Kommunen. Weil Deutschland der Magnet für Flüchtlinge ist (und für solche, die sich nur so nennen), sehen es unsere Nachbarn nicht ein, warum sie die Reise dorthin unterbrechen sollten. Weil der Bund nicht in der Lage ist, daran etwas zu ändern, reicht er die Last - in Form von unbearbeiteten Asylanträgen, überlasteten Aufnahmelagern und nur sporadischer Abschiebung - an die Länder weiter. Weil die Länder nicht in der Lage sind, ausreichende Kapazitäten vorzuhalten, sich gleichzeitig nicht imstande sehen, ihrerseits konsequent abzuschieben, landet das Problem noch weiter unten. Die Kommunen müssen ausbaden, was Bund, Länder und EU anrichten.

Welche absurden Blüten diese Kette treibt, sieht man daran: Je länger die Kette der Überforderung reicht, desto undeutlicher wird, wer eigentlich ein Flüchtling ist. Migranten werden selbst aus europäischen Staaten nach Deutschland gelockt, die EU-Beitrittskandidaten sind, weil sie hier von der Flüchtlingshilfe besser leben als in ihrer Heimat. Von dort - besonders eindringlich sind die Beispiele Albanien und das Kosovo - wird die Bundesregierung geradezu angefleht, doch endlich die „Pull-Faktoren“ abzustellen, die ganze Landstriche entvölkern. Doch auch das bringt die deutsche Politik nicht dazu, aus „Flüchtlingen“ wieder Migranten zu machen, die zurückkehren müssen. Nicht einmal in diesen Fällen gelingt es, die Verwaltung so auszurüsten, dass sie Konsequenzen ziehen kann. Lieber lässt Deutschland weiterhin Schleuser ihre Geschäfte betreiben. Eklatante Missstände im deutschen Asylsystem werden nicht nur nicht behoben, sie sollen offenbar gar nicht behoben werden.

Warum das so ist, lässt sich an Sätzen ablesen, die etwa die Grüne Katrin Göring-Eckardt gerne sagt: „Ich hoffe sehr, dass die Bundeskanzlerin irgendwann in ein Flüchtlingsheim geht, sich dort die Geschichten erzählen lässt und dann auch sagt: Ja, das sind Neubürgerinnen und Neubürger dieses Landes.“

Was sollen solche Sprüche? Gibt es noch einen Asylstatus? Einen Flüchtlingsstatus? Ein Bleiberecht? Die Abschiebung? Oder ist alles egal?

Der Satz soll wohl heißen: Wer hierher kommt, muss, ob er einen Anspruch auf Aufenthalt hat oder nicht, eingebürgert werden. Bürgermeister und Landräte können darüber angesichts drohender Erschöpfung und rechtsradikaler Milieus, die solche Anmaßungen gnadenlos ausnutzen, nur den Kopf schütteln.

Realitätsferne in der politischen Diskussion führt dazu, dass von den Vorschlägen, die Wege aus einer schier ausweglosen Entwicklung weisen, nur die angenehmen großen Widerhall finden. Es sagt sich leicht, dass vor allem die Fluchtgründe bekämpft werden müssten. Das tut Deutschland schon lange - wann sollte es damit jemals auf einen grünen Zweig kommen? Ein anderer Vorschlag ohne große Verbindlichkeit ist eine Reform des Dublin-Abkommens. Es wäre sicher lobenswert, wenn es dazu käme und wenn ein ergänzendes Quotensystem (Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild) eingeführt würde.

Ändert das aber etwas daran, dass die Europäische Union im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen Anziehungspunkte weltweiter Flüchtlingsbewegungen sind?



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger
Mein aktueller Standpunkt zur Völkerwanderung
am 28. August 2015



Mehr Einwanderung als je zuvor

Die unangenehmen Vorschläge klingen anders und sind nicht ganz so beliebt. Denn sie zielen darauf, Flüchtlinge, die sich nur so nennen, davon abzuschrecken, ihre Heimat zu verlassen oder nirgends anders hinziehen zu wollen als nach Deutschland. Das kann durch Einschränkung der Leistungen geschehen; durch eine konsequente und weit besser organisierte Abschiebung; durch Sanktionen gegen Staaten, die gegen Schleuser nichts unternehmen, sondern, im Gegenteil, deren Werk durch Nichtstun noch unterstützen. Das kann aber auch durch ein Grenzregime geschehen, das die Interessen des deutschen Staates besser schützt als heute.

Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass diese oder andere Vorschläge dazu führen, von heute auf morgen die Aufnahmelager wieder schließen zu können. Deutschland wird sich auf eine Einwanderung einstellen müssen, die weit über das hinausgeht, was es aus seiner jüngeren Geschichte kennt.

Doch so, wie sie Deutschland jetzt überwältigt, lässt sich das kein Einwanderungsland bieten, das den Namen verdient - ungeordnet, ohne Rücksicht auf geltendes Recht, ohne Rücksicht auf tatsächliche Bedürfnisse, überhöht durch tugendreiche Appelle, zu Lasten von Errungenschaften, die es zu dem Magneten machen, der es ist.

Es mag sein, dass Deutschland dringend auf Einwanderung angewiesen ist. Wenn es dazu aber den Scherbenhaufen der Asylpolitik ausschlachten will und den Sinn dafür verliert, wen es wirklich braucht und wen nicht, wird es sich am Ende zwar voller Inbrunst Einwanderungsland nennen dürfen.

Tatsächlich aber ist es dann nicht mehr als ein migrationspolitischer Moralprediger zwischen den Welten.



Fazit

Die Zukunft macht wenig Mut. Wir haben einen Zustand erreicht, in dem wir dieses Land vor seiner Elite, vor allem der politischen Kaste, beschützen müssen, aber gewiss nicht vor Bürgern, die sich Gehör verschaffen wollen, während sie von Politikern als »Schande« und »Pack« verhöhnt und von den tonangebenden Medien täglich gemäßregelt und beschimpft werden.

Die wahnhaften Ansichten des Gutmenschentums zum Thema „Flüchtlinge“ wirkt kontraproduktiv jeder vernünftigen Lösung entgegen.

Es wäre schön, wenn derjenige, der die Aufnahme der so genannten Wirtschaftsflüchtlinge unbegrenzt will genauso wie derjenige, der die Aufnahme nicht will, seinen Vorschlag jeweils begründen könnte ohne diffamiert zu werden.

Von einem Dialog zum Thema ist die Gesellschaft allerdings weit entfernt, und sie entfernt sich immer weiter.

Wenn Proteste von Bürgern als notwendig erachtet werden, so sollten sie nicht vor den Aufnahmelagern / Flüchtlingsunterkünften stattfinden, sondern direkt vor dem Bundestag / Kanzleramt oder vor den Landtagen stattfinden. Denn dort sitzen die wirklich Verantwortlichen für das Asyldesaster.

Alle Bundestagsfraktionen, mit einzelnen Ausnahmen, gehören der „alle-müssen-rein“ Fraktion an.

Dieses „Gutmenschentum“ diffamiert alle Andersdenkenden!

Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt zur gescheiterten Asylpolitik wird das Wissen und das Verständnis unseres Zukunftsproblems deutlicher machen. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

** Die gemachten Ausführungen zur deutschen Flüchtlingspolitik stellen nur meine Meinung zu diesem Thema dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*